

Klare Kante gegen den Neoliberalismus und die AfD – Thesen zum Umgang mit den Rechtspopulisten in den Kommunalparlamenten und Einladung zu einer Debatte

*von MdB Jutta Krellmann, Gewerkschaftspolitische Sprecherin der Linksfraktion &
Victor Perli, Vorsitzender der Rosa Luxemburg Stiftung Niedersachsen*

Dieses Papier ist aus einer Diskussion heraus entstanden, die wir zu verschiedenen Gelegenheiten miteinander geführt haben. Wir möchten damit eine Debatte über den richtigen strategischen Umgang mit der AfD in den kommunalen Gremien unserer Kreise und Städte anregen. Es geht uns dabei nicht nur um die Haltung unserer Partei, sondern auch um Ideen für unsere politische Praxis vor Ort und für Bündnisarbeit zur Stärkung solidarischer und antirassistischer Netzwerke.

Wir halten diese Debatte für wichtig, um der Verfestigung von rechtem Gedankengut und Wahlverhalten bei relevanten Teilen der Bevölkerung entgegenzuwirken. Dabei ist uns völlig klar, dass die Wurzeln des Rechtspopulismus und der extremen Rechten auch in drei Jahrzehnten neoliberaler Kaputtsparr- und Verarmungspolitik liegen, die das Oben und das Unten in unserer Gesellschaft in extremer Form polarisiert hat. Es ist die Aufgabe der LINKEN, die Wut über systematische Entrechtung und Enttäuschung gegen das politische und wirtschaftliche Establishment zu richten und politisch in Solidarität und Hoffnung zu wandeln. Es gilt zu verhindern, dass rechte Sündenbockerzählungen funktionieren, welche Bevölkerungsgruppen gegeneinander ausspielen.

Die Ergebnisse der niedersächsischen Kommunalwahlen bedeuten für die Partei DIE LINKE eine künftig intensivere und schärfere Auseinandersetzung mit der AfD. Auch wenn viele Kommentatoren darauf verweisen, dass die AfD mit im Landesdurchschnitt 7,8 Prozent hinter ihren Erwartungen zurückgeblieben ist, hat sie sich aus dem Stand heraus in eine starke politische Größe in Niedersachsen katapultiert, eine Position, aus der heraus sie einen kräftigen Anlauf für die Landtagswahlen im Jahr 2018 nehmen kann.

Die Frage ist nun: Wie gehen wir als LINKE mit der AfD auf der kommunalen Ebene um?

Vielerorts haben die Erfahrungen im Wahlkampf bestätigt, dass AfD-Sympathisant/innen nicht zwingend als Rechtswähler einzustufen sind. Ein Teil von ihnen sucht eine Möglichkeit, ihren Protest gegen >die da oben< auszudrücken und manche haben früher DIE LINKE gewählt. Um ein Beispiel zu nennen: Die niedersächsische Hochburg der AfD ist Delmenhorst, eine Stadt mit vielen sozialen Problemen. Die AfD erreichte dort 15,1%, wir 4,0%. Bei der Landtagswahl 2008 lag unser Ergebnis noch bei 10,2%.

Die Unterscheidung zwischen Wählern und Funktionären müssen wir im Umgang mit den AfD-Fraktionen in den Kreistagen, Stadt- und Gemeinderäten immer im Blick haben. Denn auch wenn die AfD dem Protestbedürfnis vieler Bürger/innen mit ihrer Rhetorik entgegenkommt, auf der programmatischen Ebene will sie das fortführen, was die herrschende Politik seit Jahren betreibt: die Entsolidarisierung und die soziale Spaltung in unserem Land.

Wir fänden es gut, wenn wir die Erfahrungen, die wir in den nächsten Wochen mit der AfD in den Räten und Kreistagen sammeln, auf der Landesebene zusammentragen und gemeinsam

daraus Rückschlüsse für die politische Alltagsarbeit ziehen würden. Im Folgenden wollen wir einige, vorläufige Überlegungen zur Diskussion stellen, die hier und dort schon geäußert wurden und die einen ersten Ansatz für den Umgang mit den AfD-Vertreter/innen darstellen.

(1) Zwischen AfD-Wähler/innen und AfD-Funktionären unterscheiden

Wir wollen und wir müssen die AfD-Wähler/innen zurückgewinnen, die kein geschlossenes Weltbild bzw. ihre Stimmabgabe vor allem als Protestwahl angesehen haben. Deshalb ist es in der Auseinandersetzung mit den AfD-Vertreter/innen in den kommunalen Parlamenten immer wichtig, ihre Wähler/innenbewegung nicht pauschal in Mithaftung zu nehmen. Wir werden rechtes und rassistisches Gedankengut nicht tolerieren. Aber wir werden in unserer Gegenargumentation immer nur die konkreten Funktionäre angreifen.

(2) AfD beobachten aber nicht die eigene Agenda von ihr dominieren lassen

Es gilt, die rassistischen, chauvinistischen und antidemokratischen Äußerungen der AfD im Parlament aber auch öffentlich anzuprangern. Dabei sollten unsere Reaktionen sich nie als Vorlage für die AfD eignen, um sich als Opfer der Etablierten inszenieren zu können. Gleichzeitig ist es wichtig, sich nicht an der AfD abzuarbeiten. Die AfD können wir am besten bekämpfen, wenn wir die Themen in den Fokus rücken, die die sozial Benachteiligten direkt betreffen und ansprechen. Wir müssen die Interessensvertreter/innen der Beschäftigten und der sozial abgehängten Gruppen sein, damit bekämpfen wir die AfD am besten.

(3) Solidarische Alternativen in den Vordergrund stellen

Die AfD bedient auch soziale Ängste. Sie vertritt eine wohlfahrtschauvinistische Politik: mehr und bessere Sozialleistungen, aber nur für Deutsche. Wir müssen deutlich machen, dass das ein absolut falscher und irreführender Weg ist. Denn der Widerspruch besteht nicht zwischen den Beschäftigten bzw. Erwerbslosen und den Geflüchteten, sondern zwischen oben und unten. Das muss unsere zentrale Angriffslinie gegen die AfD sein, auch in der Kommunalpolitik. Projekte für die Integration der Geflüchteten dürfen daher nicht ausgespielt werden gegen die Unterhaltung und Instandsetzung der örtlichen sozialen Infrastruktur. Vielmehr gehört beides zusammen und bedingt eine gerechte Steuer- und Umverteilungspolitik. Die verschiedenen politischen Ebenen miteinander zu verknüpfen ist daher essentiell für eine gute linke Kommunalpolitik!

(4) Antifa-Rhetorik allein reicht nicht, konkrete Projekte sind wichtig

Wir werden die AfD nicht mit ideologischen Debatten kleinhalten. Mit antifaschistischen Reden mobilisieren wir nur jene, die eh schon auf unserer Seite stehen. Die Unzufriedenen, die der AfD die Stimme gegeben haben, können wir nur mit konkreten Projekten erreichen. Gute, weil erfolgreiche linke Kommunalpolitik verknüpft die parlamentarischen Anträge daher immer mit der Mobilisierung vor Ort. Botschaft: Die Stadt oder der Landkreis gehören Euch, gemeinsam können wir etwas erreichen! Im Mittelpunkt kann dabei die Entscheidung über den Umgang mit öffentlichen Gebäuden stehen, wie in Hameln, wo wir gegen eine Entscheidung des Stadtrates für ein „Haus der Wirtschaft“ im Bürgergarten mobilisieren. Es kann aber auch um die örtliche Schwimmhalle gehen, die Renovierung einer Schule oder die Schließung eines Krankenhauses. Die Konzentration auf ein solches Vorhaben bzw. Projekt

sollte mit der Arbeit der LINKEN im Stadtrat oder Kreistag verbunden werden. Unser Ratschlag generell also lautet: Nicht in der Fläche verlieren, nicht mit einem Breitenprogramm im Kommunalparlament arbeiten, sondern ein Projekt in den Mittelpunkt stellen, mit dem man in der lokalen Öffentlichkeit weitgehend mobilisieren kann.

(5) Keine Kooperation mit der AfD, keinem AfD-Antrag zustimmen

Es kann durchaus vorkommen, dass die AfD Anträge stellt, die sich mit unseren Forderungen decken. Auch in den Landtagen hat die AfD schon Anträge anderer Fraktionen beschrieben. Aber eine Unterstützung dieser Anträge verbietet sich, denn schon das wäre ein Erfolg für die Rechtspopulist/innen. Solche Anträge sollten in der Begründung unserer Ablehnung als scheinheilig und als taktische Manöver dargestellt werden. Wir sind das soziale Original, das betrifft nicht nur die SPD, sondern auch die AfD. Wenn die AfD Anträge stellt, die sich vollständig mit unseren Forderungen decken, sollte der Antrag von uns in modifizierter Form noch einmal gestellt werden – der AfD-Antrag sollte abgelehnt werden.

(6) 100-Tages-Bilanz/ Jahresbilanz der AfD veröffentlichen

Auch wenn wir die anderen politischen Kontrahenten nicht aus den Augen verlieren – die LINKE sollte insbesondere das Agieren der AfD in den Kommunalparlamenten dokumentieren. Rassistische, menschenfeindliche Äußerungen, verbale Entgleisungen jeglicher Art und Anträge, die den sozialen Interessen in den Kreisen oder kreisfreien Städten zuwiderlaufen sollten gesammelt und in einer ersten Bilanz nach 100 Tagen oder nach einem Jahr veröffentlicht werden. Die Botschaft könnte dann lauten: Die AfD ist eine Nullnummer im Parlament, pöbelt nur gegen Migrant/innen oder Minderheiten.

(7) Solidarische Initiativen, Netzwerke, Kultur- und Bildungsarbeit gegen Rechts unterstützen

In der Auseinandersetzung mit der AfD haben sich an vielen Orten Bündnisse und Initiativen gebildet, die ihr öffentlich entgegentreten. Sie sind unsere natürlichen Kooperationspartner, um die AfD als das zu entlarven was sie ist, eine rechte Sammlungsbewegung, die wie etwa in der Region Hannover und Braunschweig zum Teil offen mit Vertretern der extremen und neofaschistischen Rechten paktiert und zum Teil Neonazis in die Gremien entsandt hat. Wir intensivieren den Austausch und beteiligen uns an breiten Bündnissen, die Gegenwehr organisieren, Minderheiten schützen und Stadtviertel, Dörfer und öffentliche Räume vor rechter Dominanz schützen oder zurückerobern wollen. Dabei müssen wir uns auch wieder auf unsere einstige Stärke besinnen, mit Musik, Kultur und Bildung um die Köpfe und Herzen der Menschen zu kämpfen. In den kommunalen Gremien können wir sie unterstützen, Veranstaltungen und interkulturelle Festivals anregen und dabei helfen Räume für eine antirassistische Jugend- und Subkulturen zu fördern.

Wir wollen dazu einladen, gemeinsam zu diskutieren, wie wir die gesellschaftliche Offensive der Rechten zurückdrängen können. Diese Diskussion über eine wirksame Strategiebildung sollte auch in fortlaufenden Workshops und Veranstaltungen vertieft werden. Wir möchten Hintergrundmaterial zusammen mit Euren Diskussionsbeiträgen bündeln und auf der Seite der Rosa Luxemburg Stiftung Niedersachsen veröffentlichen.

Bitte schickt Beiträge an: victor@perli.de